

# Friedliche Koexistenz - Abrüstung - Bändigung der Militaristen

## Real, weil die Völker, weil wir es wollen

Weitere Fragen und Antworten aus der großen Aussprache an unserer Universität über die Friedensinitiative der sozialistischen Staaten auf der 15. UNO-Vollversammlung

### Konkrete Schritte zur Abrüstung möglich?



„Guten Tag, meine Herren, Haarschneiden bitte!“

Nicht nur einmal wurde auf Fora und Versammlungen in den letzten Tagen und Wochen die Frage gestellt, inwiefern es heute möglich ist, bei der Lösung des Abrüstungsproblems voranzukommen. Bei den Physikern z. B. bezweifelte ein Freund, daß die UNO instand sei, konkrete Beschlüsse zur weltweiten Abrüstung zu fassen, da sie nicht zuletzt durch die reaktionäre Rolle der UNO-Truppen im Kongo an Autorität verloren habe.

In Folgenden fassen wir die Antworten auf diesen Fragenkomplex, wie sie von Funktionären der Partei und der Massenorganisationen in den verschiedenen Aussprachen gegeben wurden, zusammen:

Die UNO ist das, was man aus ihr macht, was die Völker aus ihr machen. Und in der Tat ist sie schon heute nicht mehr eine Abstimmungsmaschine der USA. Der Kampf der Völker um die Sicherung des Friedens und um nationale Freiheit, die Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Kräfte des Friedens und des Fortschritts, findet auch seinen Ausdruck in den Vereinten Nationen. Durch die Aufnahmen der in diesem Jahr, dem „afrikanischen Jahr“, neu entstandenen Nationalstaaten Afrikas, die sich vom Kolonialismus befreien und eine aktive Politik der friedlichen Koexistenz betreiben, ist es mit einer Vormachtstellung der USA auch in der UNO endgültig vorbei. Es ist schon von der Zusammensetzung der Vollversammlung her heute nicht mehr möglich, mit Zweidrittelmehrheit einen Beschluß zu fassen, der sich gegen die Interessen des Friedens und der Freiheit der Völker richtet, wie das z. B. noch bei der Unterstützung der USA-Aggression in Korea der Fall war. Solch ein Beschluß wäre heute unmöglich.

Hinzu kommt, daß heute alle Delegationen mehr denn je dem Willen der Weltöffentlichkeit Rechnung tragen müssen. Wenn auch der USA-Vertreter Lodge die Abrüstung als einen von 80 Tagesordnungspunkten der 15. UNO-Vollversammlung behandelt wissen wollte, so sind doch nichtsdestoweniger die Beseitigung des Kolonialsystems und die allseitige und allumfassende Abrüstung die Probleme, die der 15. Generalversammlung den Stempel aufdrücken.

Die Ministerpräsidenten und die Staatsoberhäupter zahlreicher Staaten sind dem Ruf und dem Beispiel Chruschtschows gefolgt oder sahen sich gezwungen, ihm zu folgen und nach New York zu kommen, und damit wurde die diesjährige UNO-Vollversammlung zu einem Forum von höchster Autorität.

Daran ist sichtbar, wie wenig es den USA nützte, die Pariser Gipfelkonferenz mit ihren Provokationen zu verhindern. Im Gegenteil, das löste eine Welle von Protesten und wirksamen Aktionen gegen die Kriegstreiber in den USA und in Westdeutschland aus, die auch heute wieder auf den Tagungen der 15. UNO-Vollversammlung im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Die Aussichten für den Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen sind bedeutend gewachsen. Zum Beispiel wird es den reaktionären Kreisen in den USA nicht mehr möglich sein, mit einem Eiertanz um die Fragen der Kontrolle die Weltöffentlichkeit über

ihre wahren Absichten - nämlich nicht abzurüsten und nur Spionage zu treiben - hinwegzutäuschen, nachdem die Sowjetunion den Spionageflieger Powers vom Himmel holte und damit die Forderung nach einem „offenen Himmel“ entlarvte.

Völlig ohne Resonanz verklang Eisenhowers Rede vor dem Forum der Nationen; der Verlauf der UNO-Tagung wurde bisher und wird weiterhin von der Friedensinitiative der sozialistischen Länder bestimmt. Das erlaubt die Zuversicht, daß konkretere Schritte zur Abrüstung, deren Notwendigkeit in diesem Jahr besonders sichtbar geworden ist, von den Mitgliedern der Vereinten Nationen empfohlen werden.

Natürlich ist es mit einer Empfehlung durch die Vereinten Nationen nicht getan; der Wille und der Kampf der Völker, die schon auf der Tagung deutlich zum Ausdruck kommen, sind es, die auch die Verwirklichung der Beschlüsse durchsetzen müssen, aber dieser Kampf hat heute wie nie zuvor eine reale Perspektive.

### Was bietet Sicherheit?

Kollege Markgraf fragte auf dem Forum der theoretischen Institute der Medizinischen Fakultät: „Das Militär ist ein gewisser Sicherheitsfaktor, was wird, wenn dieser wegfällt?“

Wann kann die Sicherheit eines Staates, auch des kleinsten, größer sein, als wenn in der ganzen Welt total abgerüstet ist, so wie es der von Ministerpräsident Chruschtschow in der UNO-Vollversammlung vorgeschlagene Abrüstungsplan vorsieht? Gerade darin liegt das Große des sowjetischen Vorschlags, daß militärische Aggressionen, wie sie gegenwärtig von den imperialistischen Mächten noch immer angestrebt werden, unmöglich sind und der Frieden der Welt nicht mehr gefährdet werden kann. Bereits die in der ersten Etappe vorgesehenen Maßnahmen würden für alle Völker eine weit größere Sicherheit gewährleisten, als die Beibehaltung des jetzigen Zustandes.

Heute ist es offensichtlich, daß die Politik des USA-Imperialismus, am Rande eines Krieges zu balancieren und dabei einen Atomkrieg vorzubereiten, die Sicherheit aller Völker gefährdet. Dem entgegen würde die allgemeine und vollständige Abrüstung in der ganzen Welt Sicherheit für alle Völker schaffen.

Die größte Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker

Europas geht von dem westdeutschen Militarismus aus. Die Hitlergeneräle proklamieren in ihrer sogenannten Denkschrift die totale Kriegsvorbereitung und Militarisierung des gesamten Lebens. Ihr Griff nach der Atombombe und ihre revanchistischen Kriegspläne gefährden vor allem auch das Leben der Menschen in Westdeutschland selbst. Deshalb ist die Bonner Armee kein Sicherheitsfaktor sondern eine ernste Gefahr auch für die westdeutsche Bevölkerung.

Die Denkschrift unserer Regierung an die UNO-Vollversammlung ist darauf gerichtet, diesen Gefahrenherd zu beseitigen und damit die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Sicherheit ist nicht dort gegeben wo Atomraketen in Händen wahnwitziger Hitlergeneräle gegen das sozialistische Lager gerichtet werden, sondern wo der Militarismus beseitigt ist.

Die UNO-Vollversammlung kann durch einen entsprechenden Beschluß beitragen, daß Deutschland zu einem Beispiel für die vollständige Abrüstung wird. Das wird die Autorität der UNO gewaltig heben. Sollte ein solcher Schritt vor der allgemeinen Abrüstung in der ganzen Welt erfolgen, könnte die Sicherheit Deutschlands durch die UNO gewährleistet werden.

### Abrüstung und Kontrolle

Oberarzt Dr. Naumann stellte auf dem Forum im Institut für Medizinische Mikrobiologie die Frage, wie in den Abrüstungsverhandlungen weiter zu kommen sei, da sie bisher vorwiegend an der Frage der Kontrolle gescheitert seien.

Aus den bisherigen Verhandlungen lassen sich zwei Standpunkte formulieren. Einmal die Ansicht, konkrete Abrüstungsmaßnahmen festzulegen und eine wirksame Kontrolle darüber durchzuführen. Das ist die Haltung der Sowjetunion und

der anderen sozialistischen Staaten. Ihr gegenüber steht die Auffassung der Regierung der USA und ihrer NATO-Partner, faktische Maßnahmen der Kontrolle, aber nicht der Abrüstung zu beschließen. Also auf der einen Seite Abrüstung mit Kontrolle und auf der anderen Kontrolle ohne Abrüstung.

Natürlich ist die Kontrolle der Abrüstungsmaßnahmen eine wichtige Frage. Aber nicht deshalb sind die bisherigen Abrüstungsverhandlungen stecken geblieben, sondern weil die USA keine Abrüstung, wohl aber eine legalisierte Spionage haben wollen.

Das von der Sowjetunion vorgeschlagene Programm der totalen und allseitigen Abrüstung würde auch das Mißtrauen zwischen den Staaten beseitigen und eine wirksame Kontrolle gewährleisten, denn in einer Welt ohne Waffen gäbe es auch keine militärischen Geheimnisse mehr, deren Kenntnis ein Gegner ausnützen könnte.

In diesem Zusammenhang sei auf den Passus in der Denkschrift unserer Regierung zur Abrüstungsfrage hingewiesen, daß dem Kontrollorgan außer den Vertretern der Parlamente auch Vertreter der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen, wie Frauen- und Jugendverbände, angehören sollen.

Einen großen Schritt vorwärts in den Abrüstungsverhandlungen wäre die Teilnahme neutraler Staaten, wie sie von Genossen Chruschtschow vorgeschlagen wurde, und von den sozialistischen und den neutralen Staaten, so u. a. von Präsident Sukarno, auf der UNO-Vollversammlung, unterstützt wird.

Um in der Abrüstung voranzukommen, muß die UNO-Vollversammlung, wie Genosse Chruschtschow forderte, „diejenigen zur Ordnung rufen, die die Lösung des Abrüstungsproblems behindern und versuchen, sachliche Verhandlungen über die Abrüstung durch leeres Herumgerede zu ersetzen.“

## Der Bonner Staat auf der Anklagebank

Die Sprecher zahlreicher Staaten brandmarken vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Atomrüstungs- und Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen / Vorschläge der DDR zur totalen Abrüstung in Deutschland im Einklang mit dem Willen der Völker

N. S. CHRUSCHTSCHOW:

„Die internationalen Widersprüche, die ein Erbe des zweiten Weltkrieges sind, sind noch immer nicht gelöst. Hier steht an erster Stelle der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf dieser Grundlage die Lösung der brennenden Westberlinfrage. Wenn der Friedensvertrag mit Deutschland bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist, so haben das voll und ganz die Regierungen der Westmächte auf dem Gewissen . . . Dadurch bleibt die Lage in Europa unsicher und birgt die Gefahr scharfer Konflikte in sich. Am meisten können sich über das Ausbleiben des Friedensvertrages die revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands freuen. Sie benutzen das, um Schritt für Schritt ihre für den Frieden gefährlichen Ziele zu erreichen. Als der Krieg in Korea im Gange war und sich die Beziehungen zwischen den



Adenauer: „Ich wußte ja nicht, daß wir bereits einen festen Sitz in der UNO-Vollversammlung haben, Herr von Brentano!“

Größmächten verschärften, stellten diese Kräfte die Frage der Schaffung der Bundeswehr und hatten damit Erfolg. Und jetzt erleben wir, wie die herrschenden Kreise der deutschen Bundesrepublik aktiv werden, sie hoffen, daß der jetzige gespannte Augenblick es ihnen ermöglicht, sich Raketen und Kernwaffen in die Tasche zu stecken.“

ANTONIN NOVOTNY:

„Noch im Juli 1957 hat Adenauer in Kiel behauptet, daß er keinerlei Atomwaffen wünscht. Jetzt ist von diesen Beteuerungen nichts übrig geblieben. Im August dieses Jahres hat die Bundeswehr in einer provokatorischen Denkschrift die beschleunigte Aufrüstung mit Kernwaffen gefordert, und diese Forderung geht von denselben Generalen aus, die im Generalstab Hitlers Überfälle auf friedliche Länder vorbereiteten und führten. Der Weg des deutschen Militarismus zur Vorbereitung eines Krieges ist daher unter Adenauer der gleiche wie vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg . . . Alle, denen die Geschichte des Weltfriedens teuer sind, müssen daher energische Maßnahmen ergreifen, um den in Westdeutschland entstehenden Herd eines neuen Krieges zu beseitigen.“

FIDEL CASTRO:

brandmarkte scharf die Bonner Kriegstreiber und die Unterstützung Bonn durch die USA. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Millionen Menschen in den faschistischen Konzentrationslagern ums Leben kamen. Die Verantwortlichen für diese Massenmorde nehmen heute wieder einflußreiche Positionen in der Bonner Bundeswehr ein.

J. B. TITO:

„Jugoslawien ist zutiefst beunruhigt über das Wiederaufleben des deutschen Militarismus in der Bundesrepublik . . . Es laden alle eine schwere Verantwortung auf sich, die diese Tendenzen fördern oder begünstigen . . .“

WLADISLAW GOMULKA:

„Man muß mit der Fiktion Schluß machen, daß die DDR nicht bestehe, ein Staat, der sich entwickelt und festigt, der bei sich die Quelle des aggressiven Militarismus liquidierte, der allen territorialen Ansprüchen entsage, eine Politik des Friedens durchführt, deren Ausdruck das Programm der Abrüstung in beiden deutschen Staaten ist, das kürzlich zu Händen des UNO-Generalsekretärs abgegeben wurde.“

Der Versuch des britischen Premier Macmillan, die Bonner Machthaber in Schutz zu nehmen, ist völlig zusammengebrochen. Unter anderem mußte er sich vom Außenminister der CSSR, Vaclav David, sagen lassen, daß die Stellungnahme Macmillans zum deutschen Militarismus an die Politik des britischen Ministerpräsidenten Chamberlain vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges erinnert.

Bonn ist und bleibt der Angeklagte der Völker.

Die deutschen Militaristen sind nicht reinzuwaschen.

Die DDR verkörpert das friedliche Deutschland.



### Gewaltverzicht ohne NATO-Austritt?

Ist ein Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten und gegenüber dritten in der ersten Phase der Abrüstung in Deutschland sinnvoll, während Westdeutschland noch der NATO angehört?

Ein solches Abkommen ist deshalb schon in der ersten Etappe möglich, obwohl erst für die dritte Etappe der Austritt aus den Militärpakten, der Austritt Westdeutschlands aus der NATO vorgesehen ist, weil es auch im Interesse einer Reihe von NATO-Staaten, z. B. Englands, Italiens u. a. liegt - dessen Regierungen dem Ausscheiden Westdeutschlands aus der NATO nicht sofort zustimmen würden - daß dem Bonner Staat Gewaltanwendung durch eine völkerrechtlich verbindliche,

spezielle Erklärung verboten wird. Eine Reihe NATO-Staaten sehen mit Besorgnis auf das wachsende militärische Potential in der Hand der westdeutschen Militaristen und haben kein Interesse daran, sich von ihnen in einen dritten Weltkrieg hineinzuzerren zu lassen.

Eine Verzichtserklärung der beiden deutschen Staaten auf Gewaltanwendung gegeneinander und gegenüber dritten Staaten wäre so nicht nur ein juristisches Druckmittel gegenüber den westdeutschen Militaristen, sondern gäbe z. B. auch die Möglichkeiten, die Revanchehetze zu ahnden und wird zur Verstärkung des Kampfes der Volksmassen gegen die Gewaltideologie und -politik der westdeutschen Militaristen und Revanchisten führen.

## Man muß die UZ lesen

Stand der Pressewerbung:

### Wo bleibt die Verwaltung?

Die Kritik in der letzten Ausgabe der „Universitätszeitung“ an den Philosophen hat geholfen. Bis zum 3. Oktober haben sie 63 Prozent des Werbesolls für die UZ und 60 Prozent für das ND erreicht. In einer Woche wollen sie 100 Prozent bei der UZ-Werbung geschafft haben.

Die Spitzengruppe in der Werbung für die „Universitätszeitung“ bilden zur Zeit folgende Grundorganisationen:

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	102,3 Prozent
Institut für Pädagogik	85,0 Prozent
Juristenfakultät	80,1 Prozent
Franz-Mehring-Institut	65,3 Prozent
Institut für Philosophie	63,0 Prozent

In der ND-Werbung führen die Chemiker mit 313 vor den Physikern mit 126 und den Juristen mit 110 Prozent.

Die schlechtesten Grundorganisationen in der Werbung für die „Universitätszeitung“ sind:

Medizinische Fakultät	9,4 Prozent
Verwaltung	14,8 Prozent
Veterinärmedizinische Fakultät	23,8 Prozent

Da diese Grundorganisationen auch in der Werbung für das ND am Ende zu finden sind, liegt es offensichtlich daran, daß in den Parteileitungen die Bedeutung der sozialistischen Presse nicht erkannt und mit ihr nicht gearbeitet wird. Wie ist es sonst zu erklären, daß in der Verwaltung bisher nicht ein Abonnent für das ND erworben wurde? Die Parteileitungen dieser wie aller anderen Grundorganisationen, die noch weit vom gesteckten Ziel entfernt sind, sollten unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um schneller in der Pressewerbung voranzukommen.